

AfD-FRAKTION IM BAYERISCHEN LANDTAG

LÖWEN HERZ

AUSGABE
01/19



Liebe Leserinnen und Leser,

wir begrüßen Sie herzlich zur ersten Ausgabe von „Löwenherz“, der Zeitschrift der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag!

Hinter uns liegen spannende und ereignisreiche Wochen: Nach einem fulminanten Wahlkampf gelang es uns, die Landtagswahl am 14. Oktober 2018 zu einem historischen Ereignis zu machen: Zum einen schafften wir es, aus dem Stand 10,2 Prozent zu erringen und mit 22 Abgeordneten in das Maximilianeum einzuziehen; und zum anderen konnten wir dadurch die Alleinherrschaft der CSU brechen. Diese erzielte ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1950 und musste daraufhin eine Koalition mit den Freien Wählern bilden.

Die Abgeordneten der AfD-Fraktion verstehen sich als Ihre Dienstleister im Landtag. Wir setzen uns konsequent für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein und kämpfen dafür, dass unser bayerisches Heimatland sein in Jahrhunderten gewachsenes historisches Antlitz bewahrt.

Wie nicht anders zu erwarten, zeigten sich viele Fraktionsmitglieder der Altparteien zunächst als schlechte Verlierer und verweigerten der AfD den ihr eigentlich zustehenden Posten eines Vize-Landtagspräsidenten. Dennoch können sie uns und die von uns vertretenen freiheitlich-patriotischen Positionen nicht länger ignorieren. So erhielt die AfD den Vorsitz des Ausschusses für Bildung und Kultus und ist auch in anderen wichtigen Ausschüssen und Gremien vertreten. Als ein besonderer Erfolg ist zu werten, dass sie nun auch einen Vertreter in den Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks entsendet und vier Richter am Bayerischen Verfassungsgerichtshof stellt.

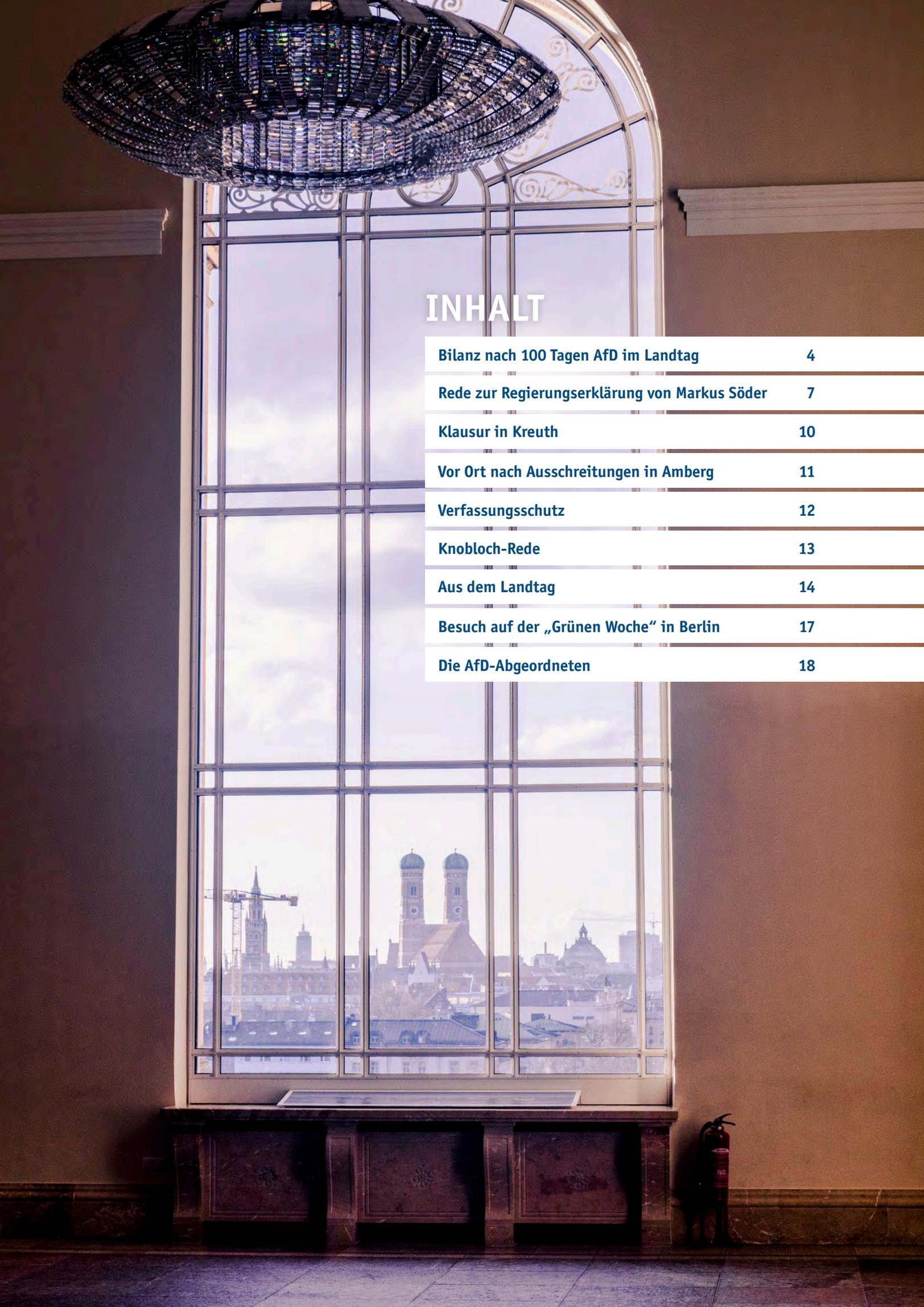
Die vorliegende Zeitschrift verschafft Ihnen einen Überblick über unsere vielfältige und sachorientierte Arbeit im Landtag. Einige unserer Redebeiträge erregten weit über Bayern hinaus Aufsehen und wurden sehr kontrovers diskutiert, erhielten aber umso mehr begeisterte Rückmeldungen. Dass wir uns auf einem guten und richtigen Weg befinden, zeigt auch eine aktuelle Umfrage, nach der 23 Prozent der bayerischen Bürger es begrüßen, dass die AfD im Landtag vertreten ist – das sind bereits mehr als doppelt so viele Menschen wie diejenigen, die uns im Oktober gewählt haben.

Dieses Ergebnis nehmen wir als Ansporn, unsere Arbeit für unser Bayernland mit viel Energie, Vernunft und Leidenschaft fortzusetzen!

Die Fraktionsvorsitzenden

Katrin Ebner-Steiner | Markus Plenk





INHALT

Bilanz nach 100 Tagen AfD im Landtag	4
Rede zur Regierungserklärung von Markus Söder	7
Klausur in Kreuth	10
Vor Ort nach Ausschreitungen in Amberg	11
Verfassungsschutz	12
Knobloch-Rede	13
Aus dem Landtag	14
Besuch auf der „Grünen Woche“ in Berlin	17
Die AfD-Abgeordneten	18

Bilanz nach 100 Tagen AfD im Landtag

Bayern. Aber sicher!

Die neue Fraktion der erstmals im Bayerischen Landtag vertretenen AfD hat eine positive Bilanz ihrer bisherigen Startphase gezogen. „Seit der konstituierenden Sitzung im Parlament sind 100 ereignisreiche Tage vergangen, in denen wir sowohl beim Aufbau der Fraktionsstrukturen als auch mit ersten Anträgen und Reden im Plenum konstruktive Mitarbeit bewiesen haben“, erklärte die Fraktionsvorsitzende Katrin Ebner-Steiner am 10. Februar 2019. Zugleich kritisierte

sie die anfängliche, aber seit Januar offiziell eingestellte Beobachtung von einzelnen AfD-Abgeordneten durch den bayerischen Verfassungsschutz als Diskreditierungsversuch durch das für die Behörde zuständige CSU-geführte Innenministerium.

Auch die Nichtwahl von AfD-Kandidaten für einen der Fraktion zustehenden Posten als Landtagsvizepräsident oder bei anderen Gremien „entsprach nicht den demokratischen Gepflo-

genheiten und der Fairness zwischen den Fraktionen“, betonte die stellvertretende AfD-Landesvorsitzende. Als „undemokratisch und rechtswidriges Vorenthalten von parlamentarischen Mitwirkungsrechten“ bezeichnete sie zum Beispiel die Tatsache, dass im ersten Anlauf die vorgeschlagenen Mitglieder für die Parlamentarische Kontrollkommission sowie für den Verwaltungsrat der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit nicht gewählt wurden.



Bilder rechts: Hier sehen Sie einige Impressionen aus dem Bayerischen Landtag (von oben nach unten).

- „Steinerne Saal“, der Vorraum zum Plenum. Von hier aus geht es ins Plenum. Hier warten unter anderem Journalisten auf Pressegespräche.
- Der Lesesaal hinter dem Plenum. Hier liegen auch die Sitzungsunterlagen für die Abgeordneten bereit.
- Der Senatssaal, der unter anderem für Bürgerveranstaltungen genutzt wird.
- Das Treppenhaus hinauf zum „Steinerne Saal“ und dem Plenum.
- Die Kantine für Abgeordnete und Mitarbeiter des Landtags.

Zufrieden zeigt sich die Fraktionschefin, dass die AfD den Vorsitz im wichtigen Landtagsausschuss für Bildung und Kultus bekommen hat und ihre Kandidaten vom Landtag in mehrere wichtige Funktionen gewählt wurden. Zum Beispiel in den Rundfunkrat des BR, in den Medienrat oder als Richter an den Bayerischen Verfassungsgerichtshof. „Gerade die Wahl von vier AfD-Mitgliedern an dieses höchste bayerische Gericht zeigt, wie absurd Unterstellungen sind, die AfD stünde nicht auf dem Boden der Verfassung und müsste beobachtet werden“, betonte Ebner-Steiner.

Obwohl sich, trotz hilfsbereiter Landtagsverwaltung, die endgültige Bereitstellung funktionsfähiger Büroräume bis heute monatelang hingezogen habe, konnte die Fraktion ihre grundlegende Arbeitsfähigkeit rasch aufbauen, schilderte Ebner-Steiner und fügte hinzu: „Wir haben mit Laptop und Handy improvisiert und saßen mit mehreren Leuten in den spät frei

gemachten, noch unrenovierten Räumen, aus denen die bei der Landtagswahl halbierte SPD-Fraktion zähneknirschend ausziehen musste.“ Weil Büroschränke und Schlüssel fehlten, habe man stets mehrere dicke Aktentaschen mit sich herumschleppen müssen und Unterlagen in Schließfächern, an der Garderobe oder im Privatwagen in der Tiefgarage zwischenlagert.

Insgesamt sei die AfD im Landtag besser angekommen, als politische Gegner oder manche Medienberichte glauben machen wollen, sagte Ebner-Steiner und verwies auf die BR-BayernTrend-Umfrage vom Januar. Demnach finden 23 Prozent der Bürger es positiv, dass die AfD im bayerischen Landtag vertreten ist. „Dieser Prozentwert ist mehr als doppelt so hoch wie unser Landtagswahlergebnis, und das stimmt uns sehr zuversichtlich“, hob die Fraktionsvorsitzende hervor. Zudem hätten sich schon gute Kontakte zur Landtags-

presse entwickelt, und im Plenarsaal säßen AfD und FDP problemlos in derselben Bankreihe eng nebeneinander. „Von wegen niemand will neben der AfD sitzen“, meinte Ebner-Steiner mit Blick auf frühere Schlagzeilen und ergänzt: „Uns geht auch weder im Landtagsrestaurant noch bei gemeinsamen politischen Außenterminen jemand demonstrativ aus dem Weg.“ Die 22-köpfige AfD-Fraktion werde, trotz gelegentlicher Anfeindungen am Rednerpult, durchaus respektiert.

Bilder unten: Hier sehen Sie, unter welchen Rahmenbedingungen die AfD-Fraktion bis Mitte Februar arbeiten musste.



Wahl des Ministerpräsidenten in der 2. Plenarsitzung des Bayerischen Landtags am 06.11.2018

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Ministerpräsident, wir sind beeindruckt. Man könnte Ihnen hellseherische Fähigkeiten unterstellen. Bereits vier Wochen vor der Wahl der Merkel-Jüngerin AKK haben Sie es fertiggebracht, ein Koalitionspapier vorzulegen, das so stromlinienförmig und oberflächlich an Ideen und Visionen ist, dass man meinen könnte, es sei aus dem Tagebuch der Angela Merkel selbst abgeschrieben worden. Gute Parteisoldaten lesen eben den Willen ihrer Herrinnen von den Lippen ab. Das ist Ihnen gut gelungen. Und wie Angela Merkel zu keinerlei höherer geistig-moralischen Reflektion willens und imstande ist, so wenig bieten Sie ein Ethos an, das den Namen verdient. Doch ein Staat und ein Gemeinwesen können nicht ohne eine Idee ihrer selbst überleben. Nietzsche hatte dafür eine einfache Formel: Wer weiß, wofür er lebt, erträgt fast jedes Wie.

Doch die Spaltung der Gesellschaft hat sich tief – und nun auch in Ihrer Union – in die Gesichter Ihrer Parteisoldaten eingegraben. Haben Sie am Freitagabend nicht in die erschütterten Gesichter Ihrer Unionsgefährten gesehen, die den Verlierer Friedrich Merz gewählt hatten? Das Entsetzen auf den Gesichtern von Koch, Oettinger, Schäuble und den vielen anderen war nicht Ausdruck einer verlorenen Personewahl auf einem Parteitag. Das war das Gesicht einer verlorenen Bundestagswahl – einer tiefgreifenden Niederlage und zwar für ganz Deutschland. Doch Ihre Koalitionsvereinbarung und heutigen Worte strotzen nur so vor Stolz, Heiterkeit und Selbstgefälligkeit. Man hat den Eindruck, Sie leben in einer anderen Welt. Dann müssen Sie zuletzt etwas falsch verstanden haben. Zwar haben wir Ihnen empfohlen, den Migrationspakt auf den Mond zu schießen, aber nicht selbst hinter dem Mond zu landen.

Sie versuchen nicht einmal so etwas wie ein Ethos, eine umfassende Idee des Staates und des Gemeinwesens zu entwerfen. Sie begnügen sich mit der Befriedigung unzähliger Partikularinteressen. Dabei wissen wir doch schon seit Rousseau, dass der Gemeinwille mehr ist als die Summe der individuellen Wünsche. Die Politik des „Weiter so“ betrifft aber nicht nur die Herrinnen in Berlin. Wenn man die Koalitionsvereinbarung liest, dann bildet sich vor dem imaginären Auge eine große, schöne, grü-



ne Gießkanne. Sie wollen unser Geld wie Ihr Vorgänger mit der Gießkanne über Bayern ausschütten, damit alle zufrieden sind. In Wahrheit ist es längst geraubtes Geld. Sie wollen den Bürgern nichts zurückgeben, weder deren Geld – Solidaritätszuschlag, kalte Progression – noch deren Verantwortung noch deren Freiheit. Vielleicht haben Sie das eine oder andere zusätzliche Loch in die Gießkanne gebohrt. So werden die Tierfreunde bestimmt an Ihren neuen Reiterstaffeln Interesse finden. Wir hingegen, als Anhänger des republikanischen und freistaatlichen Erbes, geben zu bedenken, dass im 19. Jahrhundert die Straßen in München extra nach französischem Vorbild so breit gebaut worden sind, damit jederzeit die Reiterstaffel gegen das aufmüpfige Volk gehetzt werden konnte. Wir machen uns um Münchens grüne Bevölkerung Sorgen. Zählen diese doch die breiten Münchner Straßen zu ihren Aufmarschgebieten, um gegen die CSU zu demonstrieren. Ein Schelm, der Böses dabei denkt ... Mit keinem Wort haben Sie die wahren Herausforderungen der Demokratie im 21. Jahrhundert angesprochen. Ich möchte diese Revolution des mündigen Bürgertums mit Gedanken des Philosophen Norbert Bolz erklären:

„Im Zeitalter des Internets und der sozialen Medien haben wir es mit einer revolutionären Machtverschiebung auf allen Ebenen der Gesellschaft zu tun. Die Macht verschiebt sich von den Politikern zu den Bürgern: Partizipation (Teilhabe), direkte Demokratie, Volksentscheid sind die neuen Mittel der Politik. Die Krise der Expertenkultur, die durch die Selbstorganisation der Bürger im Internet ausgelöst wurde, macht vor allem den öffentlich-rechtlichen Medien und damit deren größten Finanziers und Nutznießern, d.h. IHNEN zu schaffen, den

staatlichen Eliten. Der politisch-mediale Komplex ist es ja gewohnt, als Oberlehrer der Nation aufzutreten. Nun muss er immer häufiger erleben, dass man die Welt nicht mehr in ihrem linken Spiegel sieht, sondern sich lieber auf andere Informationsquellen verlässt. Und schon ertönt der neue Warnruf, unsere Gesellschaft steuere auf ein ‚post-faktisches Zeitalter des Populismus‘ zu.“

Wir stehen vor einer Revolution der Bürgerteilhabe, vor einer Partizipationsrevolution. Die Demokratie der Petitionen behandelt die Bürger als Bittsteller. Dann muss man flehen und hoffen, dass der Server nicht zusammenbricht, wenn ein Antrag wie etwa gegen den Migrationspakt großen Zuspruch erfährt. In der Partizipationsdemokratie werden sich die Bürgerinnen und Bürger diese Gängelung nicht mehr bieten lassen.

Die Bürger wollen mitreden, und wir – die AfD – sind für viele Bürger zum ersten Sprachrohr geworden. Diesen Prozess der Pluralisierung und patriotischen Erneuerung wollen Sie mit den Mitteln des politischen Moralismus bekämpfen. Dafür ist es zu spät. Wir wollen nicht nur unsere Meinung irgendwelchen Parteibonzen anvertrauen, die schön hierarchisch von ihren Tribünen herab entscheiden. Wir wollen selbst mitentscheiden. Und für dieses neue Selbstbewusstsein vor falschen Thronen und fremden Mächten steht die AfD als stolze und patriotische Bürgerbewegung der Zeit.

Der „Freiheitsindex 2017“, u.a. des Instituts für Demoskopie Allensbach, bestätigt diesen Trend demoskopisch und belegt die Breite des Misstrauens: „Skepsis und mangelndes Vertrauen in die Elite, in Leistungs- und Funktionsträger aus Politik, Wirtschaft und Medien sind also nicht nur an den rechten und linken Rändern der Ge-

sellschaft zu beobachten, sondern reichen weit hinein in die bürgerliche Mitte.“

Weiter heißt es: Danach herrsche „eine ausgeprägte Skepsis gegenüber dem Prinzip der Repräsentation. Denn 68 Prozent der Bevölkerung wünschen, dass Politiker den Volkswillen unmittelbar umsetzen.“

Weite Teile des Koalitionsvertrags von CSU und Freien Wählern lesen sich beinahe so, als hätten Grüne und Rote daran mitgeschrieben:

Sie wollen „Klimaschutz“ in der bayerischen Verfassung festschreiben. Das wird die Grünen aber freuen. Und Ihnen, Herr Ministerpräsident, wird es den ersten Fingerabdruck Ihres grünen Daumens in die Verfassung einbringen. (ironisch). So macht man wirklich Geschichte. Erlauben Sie nur eine ketzerische Frage:

Wenn der Klimawandel doch sowieso allgegenwärtig für jedermann spürbar und sichtbar ist, warum muss man ihn dann noch zum rechtlichen Dogma erheben? Ihre Entscheidung hat wohl weniger mit dem himmlischen Klima als der sehr irdischen Lust auf Einnahmensteigerung zu tun.

Staatliches Raubrittertum, neu gerechtfertigt unter dem Deckmantel der Moral. Es geht nicht um Ökologie, es geht nicht ums Klima, es geht um Sozialismus, nichts anderes.

Ebenso fordern Sie, dem Landschaftsschutz Verfassungsrang zu verleihen und den Flächenverbrauch zu senken, obwohl Sie andererseits 500.000 neue Wohnungen bauen lassen möchten.

Das grüne Paradox liegt auf der Hand. Hans Werner Sinn lässt grüßen. Sie fordern an anderer Stelle auch „Demokratie- und Werteerziehung“ an den Schulen. Wenn der Staat von Erziehung spricht, ist Indoktrination im Spiel und Freiheit bedroht. Schulen haben Wissen zu vermitteln, Erziehung ist zuallererst Elternaufgabe und Elternrecht.

Fangen Sie doch erst mal an, die Bayerische Verfassung anzuwenden. Die gilt nämlich schon seit 1946: Die Erziehungsziele des Art. 131 sind weiterhin verbindlich und zwar für alle, Deutsche und Einwanderer. Art. 131 II und III BayV: Oberste Bildungsziele sind Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor religiöser Überzeugung und vor der Würde des Menschen, Selbstbeherrschung, Verantwortungsgefühl und Verantwortungsfreudigkeit, Hilfsbereitschaft, Aufgeschlossenheit für alles Wahre, Gute und Schöne und Verantwortungsbewusstsein für Natur und Umwelt. (...) Und jetzt kommt für uns das Beste und für Sie das Koma: Die Schüler sind im Geiste der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen.

Nun ja: Um Völker miteinander versöhnen zu können, muss es allerdings Völker geben!

Wenn Sie die Nachfolge Jesu Christi ernstnehmen, dann wissen Sie, dass Nächstenliebe immer den konkreten Menschen meint wie wir es beim St. Martinsfest feiern. Der Heilige Martin hat seinen Mantel nicht für eine UN-Charity-Gala ausgezogen, sondern er stieg von seinem Pferd herab für einen leidenden Menschen, der zufällig seinen Weg kreuzte. Doch woher sollen das die Kinder wissen, wenn sie heutzutage nur noch am Lichterfest teilnehmen? Wer dagegen seine Nächsten mit sturem Blick auf die eigene Gesinnung rechts und links liegen lässt und Teile der Bevölkerung nur mit Verachtung überzieht, praktiziert gerade keine Nächstenliebe, sondern linken Religionsersatz: Da kann man sich noch so oft auf die Menschheit und Menschlichkeit berufen. Diesen Typus des universalen Heuchlers nannte Jesus bekanntlich Pharisäer, sie stehen stellvertretend und universell für die Unaufrichtigkeit von Amts- und Würdenträgern, übrigens in Staat und Kirchen.

Sie instrumentalisieren auch in Bayern den Verfassungsschutz gegen Vertreter der AfD, um verfassungs- und gesetzwidrig Kritiker Ihrer antideutschen und antibayerischen Politik einzuschüchtern und mundtot zu machen! Die von Ihnen tagtäglich gemeinschaftlich

Sie instrumentalisieren auch in Bayern den Verfassungsschutz gegen Vertreter der AfD.

betriebene Agitation hat zwar schon VIELEN unbescholtenen Bürgern Arbeitsplatz und gesellschaftliches Ansehen gekostet. Aber bedenken Sie als Humanisten und Demokraten, die Sie sein wollen: Wer PARTEIEN und Meinungen ausgrenzt, grenzt auch unzählige Menschen aus und spaltet das Volk, weil sie einen Teil des Volkes von jeder politischen Teilhabe ausschließen. Sie verteidigen doch immer die repräsentative Demokratie, dann bedeutet die Verweigerung der gewählten Repräsentanten die Ausschaltung von Hunderttausenden, Millionen Bürgern.

Können Sie mir einen gesetzlichen Grund nennen, weshalb der Verfassungsschutz nur gegen Bürger ermittelt, aber niemals gegen staatliche Akteure, obgleich deren Möglichkeiten, durch Ausnutzung der Staatsgewalt, die Verfassung zu schädigen, doch exorbitant größer sind? Die Herrschaft des Unrechts hat eine Bundeskanzlerin im Amte errichtet, wenn ich Herrn Seehofers damaligen Worten folgen darf. Nein, Sie haben dafür keinen rationalen oder rechtlichen

Grund. Sie gestehen eben schweigend, dass der Verfassungsschutzbericht ein Kampfmittel gegen unerwünschte Konkurrenz ist.

Dank freier Medien und eines freien Internets haben die Bürger auch von dem Migrationspakt der Vereinten Nationen erfahren, den ja auch Sie, Herr Söder, unterstützen.

Dieses unsägliche Machwerk ist ein gigantisches Resettlement mit Entrechtung der Stammbevölkerung, indem man das Migration zum Menschenrecht erhebt.

Eine Enteignung der Sozialversicherten durch globale Inklusion in unsere Sozialkassen, eine Sicherheitsgefährdung der Bevölkerung durch Import kulturellen Konfliktpotentials.

Diese Regierung ist Teil einer suggestiven Irreführung, die

- rechtswidrige Migration legalisieren und
- Kritik an der Zerstörung der europäischen Völker durch Masseneinwanderung kriminalisieren soll.

Sie hatten die Chance, diesen Irrsinn zurückzuweisen und sich damit als Vertreter deutscher und bayerischer Interessen erweisen zu können – tatsächlich aber haben Sie wieder Ja gesagt und unser Volk im Stich gelassen. Und wieder haben Sie mit der Kanzlerin dazu beigetragen, dass Deutschland in Europa und der westlichen Welt isoliert bleibt und nicht an der Seite der USA, Australiens und unserer europäischen Partner und Nachbarn wie Polen, Tschechien, Ungarn, Österreich, Italien oder der Slowakei steht. Wie war das? „2015 darf sich nie wiederholen!“ Mit dem 10. und 11. Dezember wird in Marrakesch durch Ihre Union ein neues 2015 eingeläutet. Womöglich noch viel desaströser. Der häufigste Name in Ihrer Union ist Pinocchio. Die Halbwertszeit Ihrer Versprechen stößt an die Grenzen physikalischer Messbarkeit. Wo in Ihrem Koalitionsvertrag haben Sie eigentlich eine Kostenprognose für die Verbindlichkeiten, die auf uns zurollen werden. Die schwarze Null war schon immer mehr eine Null als schwarz! Und wird dank UN-Migrationspakt endgültig zum schwarzen Loch. Eine Globalistenkoalition sollten Sie sich nennen, meine Damen und Herren, aber keine Bayernkoalition! Warum lernen Sie nichts aus dem Scheitern realitätsferner, totalitärer Ideologien? Einen „Globalismus mit menschlichem Antlitz“ wird es genauso wenig geben, wie es einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ gegeben hat!

Nur eine heimatverbundene Politik trägt wahrhaft menschliche Züge; weil sie das urmenschliche, anthropologische Bedürfnis nach Identifikation und Gruppenzugehörigkeit nicht moralisch entwertet, sondern als elementare Lebensgrundlage – nämlich als natürliche Überlebensstrategie – anerkennt und fördert. Deshalb kann es auch kein allgemeines Men-

schenrecht auf Migration geben ohne die Zustimmung der Empfangsstaaten und ihrer Völker. Das Gegenteil ist richtig. Es gibt ein Naturrecht auf die eigene Heimat, denn die Heimat ist ein unabdingbarer Bestandteil der individuellen Selbstentfaltung. Ihre Neigung zu Widersprüchen zeigen Sie auch im Bereich der Innenpolitik: Anstatt, wie versprochen, Bürokratie abzubauen, werden immer neue Behörden angekündigt – so wie die bayerische Grenzpolizei, die Sie mit großem Pomp eingeführt haben. Aber wie viele illegale Migranten hat diese aufgegriffen? Ganz neun Personen in fünf Monaten! Immerhin gingen ihr allerlei andere Kriminelle ins Netz – etwa Drogenschmuggler und Waffenhändler –, sodass sich die Warnungen derer bestätigen, die dauerhafte und wirkliche Grenzkontrollen für notwendig erachten.

Mit Widersprüchen geht es weiter: Obwohl Sie laut Koalitionsvertrag einen „Spurwechsel“ ablehnen, betreiben Sie durch die Hintertür genau diese Vermischung von Asyl- und Einwanderungsrecht. So soll geltendes Recht „offener ausgelegt“ – d.h. nach dem Vorbild Frau Merksels möglichst umgangen – und abgelehnten Asylbewerbern „bei erbrachter Integrationsleistung“ die Aufnahme einer Arbeit oder Ausbildung ermöglicht werden. Dadurch werden Sie ein riesiges Einfallstor der Asyllobbyisten aus aller Herren Länder aufstoßen. Ziel muss sein, die staatliche Entscheidungshoheit wiederherzustellen und Rechtsanwendung nicht durch moralisierende Kritik einschüchtern zu lassen. Die Zuwanderung wird weiterhin auf hohem Niveau gehalten werden, und der Preis dafür ist unser schönes Bayernland, das Tag für Tag mehr sein Gesicht verliert und in eine multiethnische Besiedelungszone umgewandelt werden soll. Und vor allem zahlen den Preis dieser Politik die Opfer krimineller Zuwanderer: die schwer Verletzten, Vergewaltigten und Ermordeten – jeder Fall, der aus den trockenen Zahlen der bayerischen Kriminalstatistik spricht, ist nicht nur ein zerstörtes Leben, denn hinter jedem Opfer stehen trauernde, fassungslose Familienangehörige.

Doch von Ihnen ist kein Wort zu lesen, weder

über die Islamisierung noch gegen den Islamismus. Ein altes Sprichwort sagt: Die halbe Wahrheit ist die ganze Lüge.

Sie rühmen sich allen Ernstes der niedrigsten Kriminalitätsbelastung seit 30 Jahren, werfen dabei aber alles in einen Topf, etwa Laden- oder Fahrraddiebstahl und schwerste Verbrechen. Sogar laut der offiziellen Zahlen haben die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Bayern um mehr als 26 Prozent zugenommen! Offenbar handelt es sich also nicht nur um Einbildung oder, wie es im Medienjargon heißt, eine bloß „gefühlte Unsicherheit“, wenn sich viele Frauen nicht mehr auf die Straße trauen. Und diese Frauen wissen durchaus,

Gelbe Westen gibt es auch an deutschen Tankstellen!

dass nicht einfach so die sexuelle Gewalt unter gewöhnlichen deutschen Männern zugenommen hat: Der Anteil der Nichtdeutschen an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen, ohne ausländische Delikte, ist weiter gestiegen und liegt mittlerweile bei 34,9 Prozent, und dies obwohl Nichtdeutsche „nur“ einen Anteil von 12,1 Prozent an der bayerischen Bevölkerung haben (Stand vom 31.12.2016). Nichtdeutsche sind also fast dreimal so oft kriminell wie Deutsche, und dabei sind Migranten mit deutschem Pass, die sich weiterhin in erster Linie ihrem Herkunftsland verbunden fühlen, gar nicht mitgezählt. (Und trotz solcher Zahlen dozieren Sie über Sicherheit und bayerisches Lebensgefühl, mit denen Sie die Menschen über den Verlust ihrer Sicherheit und den Raub ihrer Heimat hinwegtäuschen wollen! Meinen Sie, das gelingt Ihnen weiterhin mit ein wenig Symbolpolitik wie dem Aufhängen von Kreuzen in Amtsstuben? Glauben Sie, die Menschen in Bayern merken nicht, wie ihre Heimat weiter verlottert? Schon der Gang über einen Weihnachtsmarkt, der heute einer Festung gleicht, die durch im Volksmund sogenannte „Merkel-Poller“ vor islamistischen Terrorangriffen

geschützt wird, zeigt die bedrückende Atmosphäre Ihrer schönen, neuen Einheitswelt.)

Aber Sie können uns die Zeugnisse der Unsicherheit nicht mehr als Sicherheitsmaßnahmen, die Verödung nicht mehr als Bereicherung und den Verlust von Identität nicht mehr als Vielfalt verkaufen, denn jetzt gibt es endlich eine wirkliche Opposition im bayerischen Landtag, die Ihre Ausreden, Täuschungen und Versäumnisse jeden Tag benennen wird. Und wir halten das, was die CSU heutzutage noch nicht einmal mehr verspricht!

Lassen Sie mich zu einem Fazit kommen:

Die Zeichen der Zeit haben Sie nicht erkannt oder wollen Sie nicht erkennen. Sie haben sich mit der multiethnischen und illegalen Einwanderung längst abgefunden. Trotz Ihrer Einsicht in die neue „Herrschaft des Unrechts“ hatten und haben Sie dem geballten ideologischen Bollwerk der Globalisten – dieser historischen einmaligen Koalition aus Roten, Grünen und Goldenen (sprich Kapitalisten) – nichts entgegenzusetzen.

Und nun zu Ihnen Herr Ministerpräsident Söder. Sie stelle ich mir vor wie eines dieser vielen jungen Mannsbilder auf einem unserer schönen bayerischen Seen. Die betreiben dort eine neue Sportart: Da steht man allein auf einem Surfbrett und hält nur ein Paddel in der Hand, um sich fortzubewegen.

Herr Söder, während Sie den Freien Wählern die Illusion lassen, Sie, die Freien Wähler dürften das Paddel sein, das die Richtung vorgibt, wissen wir es natürlich besser. Die FW sind in Wahrheit das dünne Brett, das Sie, Herr Söder, nur noch vom Sturz ins tiefe Wasser trennt.

Erkennen Sie die Zeichen an der Wand und nehmen Sie zur Kenntnis: Noch niemals konnte mit einem Paddel ein Tsunami aufgehalten werden. Gelbe Westen gibt es auch an deutschen Tankstellen.

Gott schütze unsere bayerische Heimat!



Gespräche und Vorträge im Mittelpunkt

Mehrtägige Klausur in Kreuth



Die bayerische AfD-Landtagsfraktion hat bei ihrer Klausurtagung in Kreuth die fachpolitischen Sprecher weitgehend festgelegt. Jeder der 22 Abgeordneten ist für einen bestimmten Themenbereich zuständig, teilte die Fraktionsvorsitzende Katrin Ebner-Steiner mit.

„Das dreitägige Treffen verlief sehr harmonisch und konstruktiv“, erklärte die stellvertretende Landesvorsitzende nach der Klausur. Dabei hätten mehrere Fachvorträge und zahlreiche Gespräche in kleinen Gruppen im Vordergrund gestanden. Ein externer juristischer Experte referierte über Einstufungskriterien und rechtliche Grenzen einer zulässigen Tätigkeit der Verfassungsschutzämter. Nachdem das Bundesamt die AfD insgesamt zum sogenannten Prüffall erklärt hat, informierten sich die Abgeordneten über mögliche Konsequenzen und berieten, wie dagegen am besten vorgegangen werden könnte.

Der Referent betonte, dass dieser Prüffall in der Praxis zum Teil partei-

verbotsartige Auswirkungen haben könnte. „Damit maß sich der Verfassungsschutz als nachgeordnete Behörde des Innenministeriums Rechte an, die nur dem Bundesverfassungsgericht zustehen“, sagte Ebner-Steiner. Sie bekräftigte ihre Kritik an der „rein parteipolitisch motivierten Diffamierungskampagne gegen die AfD durch die Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes und fügte hinzu: „Damit ist der Verfassungsschutz selbst jetzt ein Prüffall für uns Politiker geworden und für Gerichte, vor denen die AfD auf Bundesebene dagegen klagen wird.“

Zu erwägen sei neben einer Auflösung der Verfassungsschutzbehörden auch deren Angliederung in den Zuständigkeitsbereich der Kriminalpolizei mit ihren Staatsschutzabteilungen, hatte der Rechtsexperte bei seinem Vortrag erläutert. In den weiteren Vorträgen bei der Klausur ging es um Organisationsaufbau und Fraktionsstrukturen sowie Pressearbeit und Erfahrungsberichte aus anderen Landtagen.

„Die Tagung in der Nähe von Wildbad Kreuth, wo früher die CSU ihre Klausuren abhielt, verlief auch äußerlich friedlich“, freute sich Ebner-Steiner. Eine kleine Demonstration von einem Dutzend „Alt-68er-Seniorinnen“ vor dem Tagungshotel „Zur Post“ habe sie nicht als Störung empfunden. Zudem habe am nächsten Tag eine ältere AfD-Anhängerin ihr einen Strauß Rosen und einen Dankesbrief an die Partei im Hotel vorbeigebracht.

Besonderen Dank richtete Ebner-Steiner an den Besitzer des Hotels, der sich von bedrohlich klingender Kritik vor allem aus Kreisen der CSU nicht habe beeindruckt lassen. Unter anderem hatten Landtagspräsidentin Ilse Aigner und der örtliche Bürgermeister ihr Missfallen bekundet. „Und das nur, weil die AfD jetzt die politische Gebietshoheit über das ehemalige Revier der CSU übernommen hat“, rief die AfD-Fraktionsvorsitzende in Erinnerung.





Vor Ort nach Ausschreitungen in Amberg

Wir lehnen Bürgerwehren ab und fordern Stellenaufstockung bei der Polizei

Angesichts der schweren Angriffe von vier Asylbewerbern auf zwölf Passanten in der Silvesternacht in Amberg hat die Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion Katrin Ebner-Steiner nach ihrem Ortstermin am 3. Januar 2019 eine dauerhafte Aufstockung der Stellen bei der Polizei gefordert.

Durch die neue Ankündigung von CSU-Innenminister Joachim Herrmann, die Polizeipräsenz in der oberpfälzischen Stadt zu verstärken, sieht sie sich in ihrer Forderung bestätigt. Gleichzeitig lehnt sie Bürgerwehren – von denen aufgrund von ungeprüften Facebook-Mitteilungen in den Medien die Rede war – kategorisch ab und betonte: „Sicherheit ist Aufgabe der Polizei, und die muss überall personell aufgestockt werden, wenn die Zeiten nachweisbar unsicherer geworden sind.“

Bei ihrem zweistündigen Informationsbesuch der örtlichen Polizeiinspektion habe sie erfahren, dass von ohnehin nur 111 Soll-Stellen lediglich 99 tatsächlich besetzt seien. Dadurch seien pro Dienstschrift zu wenige Beamte verfügbar, kritisierte sie und fügte hinzu: „Die Polizei ist für Amberg und ein Dutzend Gemeinden mit insgesamt 90.000 Einwohnern zuständig, und das in einem Rieseneinsatzgebiet von 667 Quadratkilometern. Für die Darstellung der Polizeileitung, dass die Ausstattung ausreichend sei, habe sie Verständ-

nis, weil die nicht öffentlich Kritik an ihrem Dienstherrn im Innenministerium oder an der Landesregierung üben könne.

„Wenn aber schon rein rechnerisch nur ein Polizeibeamter pro 1.000 Einwohner vorhanden ist, dann dürfte so mancher Bürger skeptisch die Stirn runzeln, ob das reichen kann“, gab Ebner-Steiner zu bedenken. Schließlich hätten laut dem ihr vorgelegten „Sicherheitsbericht 2017“ sogar nur im Stadtgebiet von Amberg Drogendelikte und Straßenkriminalität zugenommen und die Zahl tatverdächtiger Zuwanderer sei auf 154 Personen angestiegen.

Das hat immer noch Kanzlerin Merkel zu verantworten

Es sei „eine neue Qualität der Bedrohungslage“, wenn Angriffe wie in Amberg praktisch jederzeit und überall in Bayern sich wiederholen könnten. „Die Attacken waren keine Beziehungstaten, es war kein Streit vorausgegangen, es brach aus heiterem Himmel über zufällig anwesende Passanten herein und das macht den Menschen verständlicherweise Angst“, sagte die AfD-Landtagsabgeordnete.

Sie wurde beim ganztägigen Ortstermin in Amberg von weiteren Fraktionskollegen begleitet. Dazu gehörten

auch die ehemaligen Polizeibeamten Richard Graupner und Stefan Löw sowie Roland Magerl. Zudem war der bayerische Spitzenkandidat zur Europawahl, Bernhard Zimniok, dabei. Die AfD hatte mittags Gespräche mit Bürgern geführt, die „ihr Unbehagen an der Sicherheitslage ganz allgemein“ schilderten, sagte Ebner-Steiner. Zudem fanden vor der Polizeiinspektion und in der Altstadt Gespräche mit Journalisten von verschiedenen Fernsehsendern und Zeitungen statt. Eine kurzfristige Gesprächsanfrage der AfD bei Oberbürgermeister Michael Cerny scheiterte nach ihren Angaben daran, dass Innenminister Herrmann am Nachmittag schon im Rathaus zu Gast war und mit dem OB eine längere Pressekonferenz zu den Gewalttaten der Asylbewerber abhielt.

Die AfD-Fraktionschefin betonte: „Im Zusammenhang mit dem Vorfall machen wir weder der örtlichen Polizei noch dem Oberbürgermeister einen persönlichen Vorwurf.“ Zu kritisieren sei vielmehr die anhaltende Politik der offenen Grenzen und unkontrollierten Zuwanderung. „Das hat immer noch Kanzlerin Merkel zu verantworten, aber auch ihr Koalitionspartner CSU, der trotz gelegentlicher Schau-Proteste die verfehlte Migrationspolitik bis heute mitträgt“, sagte Ebner-Steiner und bekräftigte ihre Forderung nach konsequenterer Abschiebung straffällig gewordener Asylbewerber.

Thomas Haldenwang neuer BfV-Chef

Verfassungsschutz wird als Wahlkampfzentrale missbraucht!

Die Entscheidung des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), die AfD bundesweit zum Prüffall für eine mögliche Beobachtung zu erklären, hat die bayerische AfD-Vizevorsitzende Katrin Ebner-Steiner am 15. Januar 2019 in einer Pressemitteilung als „rein politisch motivierten Schritt“ kritisiert. „Damit wird der Verfassungsschutz im Europawahljahr 2019 vollends zur Wahlkampfzentrale für unsere politischen Gegner gemacht“, erklärte die Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag. Es gehe offenkundig darum, die AfD in diesem Jahr mit seinen zahlreichen Wahlen „unter Pauschalverdacht zu stellen und so beim Wähler zu diskreditieren“, sagte sie. „Die politische Instrumentalisierung des Bundesamts für Verfassungsschutz ist durch die umstrittene Art und Weise der Neubesetzung nach

der Ablösung von Hans-Georg Maaßen durch die Einmischung von Bundeskanzlerin Angela Merkel für jedermann sichtbar geworden“, rief Ebner-Steiner in Erinnerung. Ursprünglich wollte Bundesinnenminister Horst Seehofer im Einvernehmen mit der SPD den CDU-Innenexperten Armin Schuster zum neuen Verfassungsschutzpräsidenten machen. Doch die Kanzlerin legte ihr Veto ein. „In den vergangenen Jahren gehörte Schuster zu den schärfsten unionsinternen Kritikern von Merkels Flüchtlingspolitik“, betonte die AfD-Fraktionschefin.

Der erst seit zwei Monaten amtierende neue BfV-Chef Thomas Haldenwang sei „auf dem linken Auge besonders blind“, meinte Ebner-Steiner mit Blick auf dessen Eingangsstatement zur Amtseinführung, das auf

der Homepage des BfV nachzulesen sei. Dort erwähnte Haldenwang nur die besondere Bedrohungslage durch Rechtsextremismus, islamistischen Terror und Spionage. „Kein Wort von der zunehmenden linksextremistischen Gewalt“, beanstandete die AfD-Politikerin.

Eine Parteigruppierung wie den „Flügel“ und die Jugendorganisation „Junge Alternative“ außerdem sogar zum offiziellen Verdachtsfall zu erklären, was den Einsatz von V-Leuten ermöglicht, verurteilte Ebner-Steiner ausdrücklich: „Sämtliche betroffene Parteimitglieder derart unter einen bisher nur gemutmaßten Generalverdacht zu stellen, darf in einem demokratischen Rechtsstaat nicht vorkommen.“

Beobachtung von AfD-Landtagsabgeordneten durch den Verfassungsschutz

Die Einstellung war überfällig!

Die Vorsitzende der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag Katrin Ebner-Steiner hat die Einstellung der Beobachtung von drei Mitgliedern ihrer Fraktion durch den bayerischen Verfassungsschutz als überfälligen Schritt begrüßt. Betroffen waren Uli Henkel, Ralf Stadler und Andreas Winhart. In ihrer Pressemitteilung vom 9. Januar 2019 kritisierte sie, dass die AfD davon am Mittwoch nur durch Presseanfragen erfuhr. Da die Beobachtung bereits zum Jahresbeginn endete, hätte sie erwartet, darüber von der Behörde offiziell unverzüglich informiert zu werden. Die stellvertretende Landesvorsitzende verurteilte die bisherige Beobachtung als „rechtswidrig und parteipolitisch motivierte Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes, um die neue

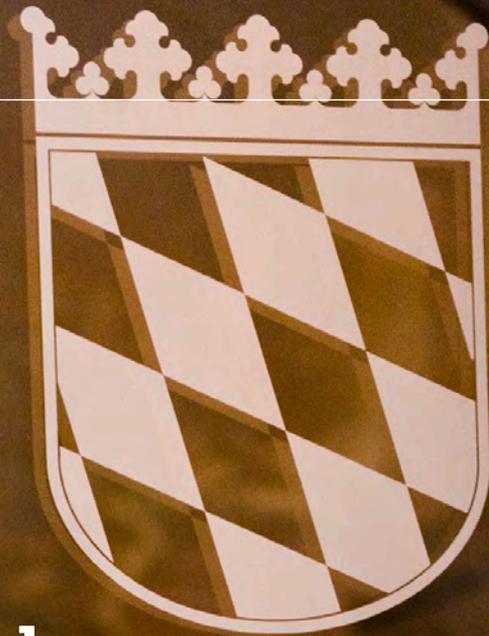
AfD-Fraktion schon in der Startphase zu diffamieren“.

Sie erinnerte daran, dass für die Beobachtung von Abgeordneten vom Bundesverfassungsgericht sehr strenge Maßstäbe angelegt würden. Wenn die Behörde nun die Einstellung ab Januar genau mit diesen besonders hohen Hürden für Abgeordnete begründe, bedeute das auch ein Schuldeingeständnis. Denn der Status der Betroffenen als Abgeordnete, die nicht überwacht werden dürfen, habe auch 2018 bestanden.

Dass der dem CSU-Innenminister Joachim Herrmann unterstehende bayerische Verfassungsschutz nach der Landtagswahl auf Anfrage der Grünen die Beobachtungsauskünfte zur AfD lieferte, „war schlechter Stil von den Grünen, aber vor allem eine

nicht akzeptable Maßnahme des Landesamts“, sagte die AfD-Fraktionschefin und fügte hinzu: „Die Vorwürfe beruhten ohnehin auf fragwürdigen Unterstellungen.“

Ebner-Steiner forderte den Verfassungsschutz zudem auf, die kurz vor Weihnachten über die Presse bekannt gewordene Beobachtung von drei Bezirkstagspolitikern und vier ehemaligen Bezirkstagskandidaten der AfD zu beenden. Deren Überwachung erfolge offensichtlich aus den gleichen parteipolitischen Gründen, betonte sie. Auch hierbei hätten „die Grünen beim CSU-Innenminister eine entsprechende Auskunft bestellt, die er bereitwillig lieferte“, kritisierte die AfD-Fraktionschefin.

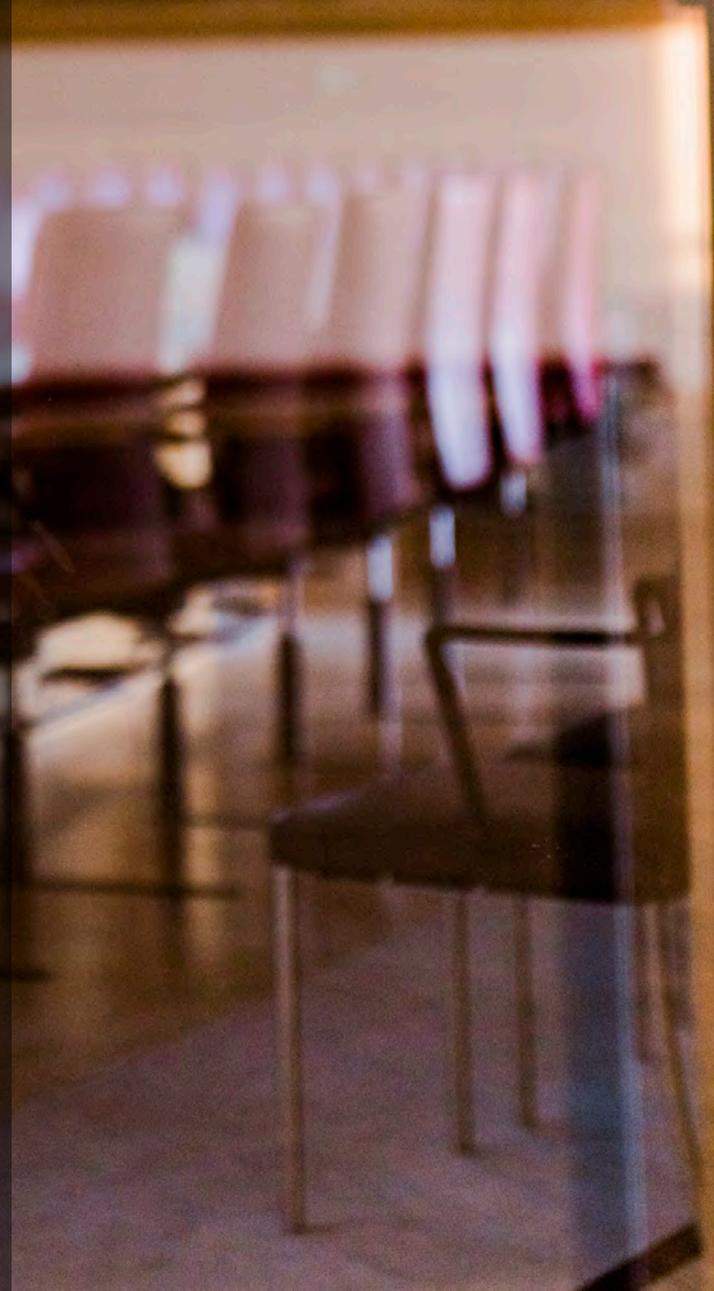


Verlassen des Plenarsaals bei Knobloch-Rede war eine angemessene Reaktion

Die AfD-Vorsitzende im Bayerischen Landtag Katrin Ebner-Steiner, hat den Auszug des größten Teils ihrer Fraktion aus dem Plenarsaal während einer Rede von Charlotte Knobloch, der Ex-Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, am 23. Januar 2019 als angemessene Reaktion verteidigt. „Der Eklat war nicht, dass wir den Saal aus Protest gegen rechtsextremistische Unterstellungen verlassen haben – der Eklat ist, dass die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern als Gast des Landtags eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus dazu missbraucht, die komplette AfD und die demokratisch legitimierte Fraktion durch übelste pauschale Unterstellungen zu diffamieren.

Eine so unsachliche und respektlose Behandlung müssen wir uns nicht bieten lassen“, betonte die stellvertretende AfD-Landesvorsitzende und fügte hinzu: „Wir nehmen mit Bedauern zur Kenntnis, dass Frau Knobloch diese unangemessene Argumentationsweise gewählt hat.“ Aber man sei auch zuversichtlich, dass sich das Verhältnis zu den Repräsentanten der jüdischen Gemeinden und des Zentralrats langfristig entspannen könne, wenn sie die Abgeordneten der AfD auch im persönlichen Kontakt kennengelernt haben.

„Die abfällig formulierte feindselige Redepassage von Knobloch über die AfD war bei dieser Gedenkstunde absolut unangebracht, und wir lassen uns auch nicht als Partei bezeichnen, die ihre Politik angeblich auf Hass und Ausgrenzung betreibt und die nicht auf dem Boden der Verfassung stünde“, betonte Ebner-Steiner. Gerade die AfD verstehe sich als gewaltfreie Rechtsstaats-Partei und Demokratie-Verfechter. Gegenteilige Unterstellungen seien „parteilich motivierte Verächtlichmachung eines unangenehmen politischen Mitbewerbers“, sagte die AfD-Fraktionsvorsitzende.



Modellversuch in Bayern läuft aus

Markus Bayerbach fordert Ende des Islamunterrichts

Nach zehn Jahren wird der Modellversuch Islamunterricht in Bayern im Juli auslaufen. Nur rund 15.000 Schüler bzw. 15 Prozent aller Jugendlichen mit Islamhintergrund wurden im Rahmen dieses Projekts unterrichtet. Laut Medienberichten waren zuletzt 350 Schulen beteiligt.

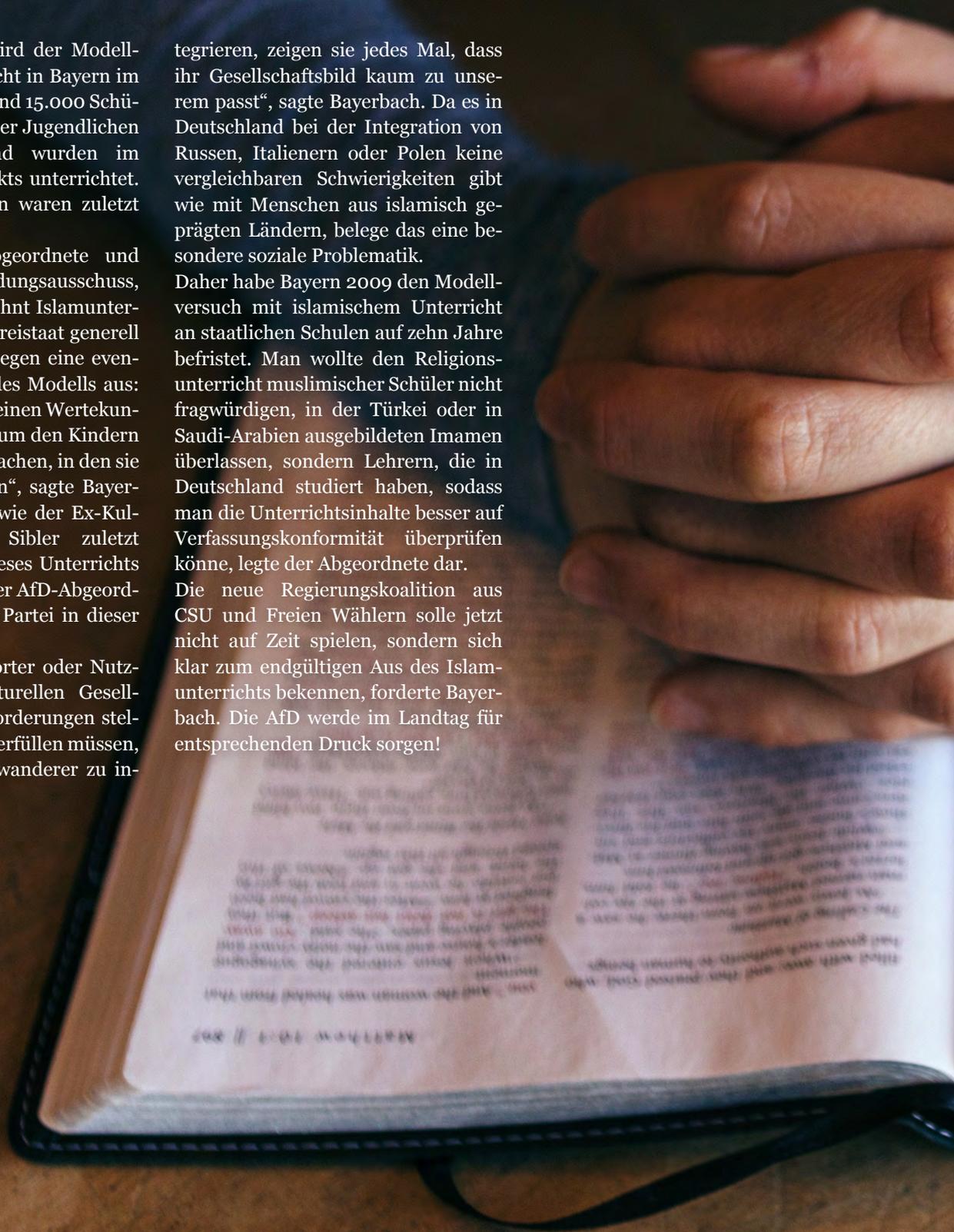
Der AfD-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende im Bildungsausschuss, Markus Bayerbach, lehnt Islamunterricht an Schulen im Freistaat generell ab und spricht sich gegen eine eventuelle Verlängerung des Modells aus: „Stattdessen sollte es einen Wertekunde-Unterricht geben, um den Kindern den Rahmen klarzumachen, in den sie sich integrieren sollen“, sagte Bayerbach. Da die CSU sowie der Ex-Kultusminister Bernd Sibler zuletzt ebenfalls ein Ende dieses Unterrichts signalisierten, sieht der AfD-Abgeordnete die Linie seiner Partei in dieser Frage bestätigt.

„Solange die Befürworter oder Nutznießer der multikulturellen Gesellschaft immer neue Forderungen stellen, die wir angeblich erfüllen müssen, um muslimische Einwanderer zu in-

tegrieren, zeigen sie jedes Mal, dass ihr Gesellschaftsbild kaum zu unserem passt“, sagte Bayerbach. Da es in Deutschland bei der Integration von Russen, Italienern oder Polen keine vergleichbaren Schwierigkeiten gibt wie mit Menschen aus islamisch geprägten Ländern, belege das eine besondere soziale Problematik.

Daher habe Bayern 2009 den Modellversuch mit islamischem Unterricht an staatlichen Schulen auf zehn Jahre befristet. Man wollte den Religionsunterricht muslimischer Schüler nicht fragwürdigen, in der Türkei oder in Saudi-Arabien ausgebildeten Imamen überlassen, sondern Lehrern, die in Deutschland studiert haben, sodass man die Unterrichtsinhalte besser auf Verfassungskonformität überprüfen könne, legte der Abgeordnete dar.

Die neue Regierungskoalition aus CSU und Freien Wählern solle jetzt nicht auf Zeit spielen, sondern sich klar zum endgültigen Aus des Islamunterrichts bekennen, forderte Bayerbach. Die AfD werde im Landtag für entsprechenden Druck sorgen!



AfD-Fraktion kritisiert geplante Kürzung der Redezeit

CSU und Freie Wähler wollen Geschäftsordnung im Landtag ändern

CSU und Freie Wähler im Bayerischen Landtag stören sich offenbar an den zahlreichen Wortmeldungen der AfD während der bisherigen Plenarsitzungen. Mit dieser Kritik hat die AfD-Fraktionsvorsitzende Katrin Ebner-Steiner auf einen Änderungsantrag zur Geschäftsordnung reagiert, den CSU und Freie Wähler eingereicht haben. So soll der § 111 Absatz 4 dahingehend geändert werden, dass bei Dringlichkeitsanträgen jede Fraktion pro Beratungsthema künftig nur noch einmal für eine Zwischenbemerkung ans Mikrofon treten darf.

„Das ist eine starke Beeinträchtigung der politischen Meinungsäußerung, und damit wird die parlamentarische Diskussion deutlich eingeschränkt“, erklärte Ebner-Steiner. Die „Chancen für spontane Fragen würden dadurch geringer und die Debatten langweiliger“, befürchtet sie und fügte hinzu: „Das ist ein Armutszeugnis für all diejenigen, die uns im Parlament angeblich inhaltlich stellen wollen und sich so einer intensiveren Auseinandersetzung per Geschäftsordnungstrick entziehen möchten.“

Kritisch sieht die Fraktionschefin eine

weitere Änderung im Antrag. So soll der Landtagspräsident künftig befugt sein, auch noch in der folgenden Plenarsitzung Rügen und Ordnungsrufe für die zurückliegende Sitzung auszusprechen. „Damit droht eine Instrumentalisierung des Präsidentenamts, da zwischen den Sitzungen auf ihn eingewirkt werden könnte“, sagte Ebner-Steiner. Das würde dazu führen, dass zu Beginn einer neuen Sitzung zum Beispiel Ordnungsmaßnahmen gegen Politiker der Opposition verhängt werden, obwohl der tatsächliche Anlass bereits Tage oder Wochen zurückliegt.

„Fridays for Future“ – Schüler schwänzen die Schule

AfD kritisiert die Instrumentalisierung von Schülern für grüne Klimahysterie

Es gibt keinen Grund für Jugendliche, wegen einer geplanten Demonstration den Unterricht zu schwänzen. Mit dieser Kritik hat die stellvertretende bayerische AfD-Vorsitzende Katrin Ebner-Steiner darauf reagiert, dass Tausende Schüler unter dem Motto „Fridays for Future“ am 18. Januar 2019 auf die Straße gegangen waren, um für eine andere Klimapolitik zu demonstrieren. „So etwas darf nicht Schule machen, auch nicht für einen vermeintlich guten Zweck und schon gar nicht, wie geplant, an jedem Freitag“, betonte die Landtags-Fraktionsvorsitzende.

Schulpflicht und Disziplin seien ebenso wichtig, wie ein rechtstreu Verhalten von Lehrern und Schulbehörden. Wer hier ein Auge zudrücke und auf Verweise verzichte, der schaffe einen Präzedenzfall für weiteren Unterrichtsausfall im Namen einer angeblich guten Sache. Ebner-Steiner befürchtet hinter der Mobilisierung zur bundesweiten Demo Einfluss-



nahme von Eltern und Lehrern, die Anhänger der Grünen sind. „Gerade die Grünen schüren eine hysterische Weltuntergangsansturm wegen jeder kleinsten Erderwärmung, um sich dann als klimapolitische Retter der ganzen Welt zu empfehlen“, stellte die AfD-Politikerin fest und ergänzte: „Wenn ich schaue, wie ruppig man in der Öffentlichkeit, in Parlamenten und in vielen Medien mit der AfD umspringt, dann sollten die Schüler lieber für einen politischen Klimawandel zu mehr Fairness demonstrieren, anstatt sich von linken Wetter-Ideologen instrumentalisieren zu lassen.“

„Da die Bayerische Staatsregierung den Klimaschutz in die Verfassung aufnehmen will, stehen die Grünen offenbar unter Profilierungszwang, wenn die CSU ihnen ein weiteres Kernthema wegnimmt“, sagte Ebner-Steiner. Schulschwänzen habe nichts mit „gelebter Demokratie“ zu tun, wie Bayerns Grünen-Fraktionschef Ludwig Hartmann im BR-Fernsehen gesagt habe. „Die Demos sind auch nicht politisch korrekt, wie behauptet wurde, sondern ein Anlass zum Nachsitzen – für Schüler und für so manchen Politiker“, betonte die AfD-Abgeordnete.

AfD im Dienste zur Wahrung der Landesverfassung

Vier AfD-Politiker als bayerische Verfassungsrichter vereidigt

Die bayerische AfD ist jetzt mit zwei Mitgliedern sowie zwei stellvertretenden Mitgliedern am Verfassungsgerichtshof in München vertreten. Der Landshuter AfD-Kreisvorsitzende Wolfram Schubert und der AfD-Kreisvorsitzende von Weilheim, Rüdiger Imgart, wurden am 29. Januar 2019 als ehrenamtliche Richter am Bayerischen Verfassungsgerichtshof vereidigt, teilte die Vorsitzende der AfD-Landtagsfraktion Katrin Ebner-Steiner mit. Ebenfalls vereidigte Stellvertreter der beiden sind die Münchner Rechtsanwälte Peter Ditges und Monica-Ines Oppel.

Der ehemalige Oberstaatsanwalt Schubert und der Rechtsanwalt Imgart sind zwei der 15 nichtberufsrichterlichen Verfassungsrichter, die vom Landtag entsprechend den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts für die gesamte Legislaturperiode gewählt worden sind. „Meine Aufgabe besteht – wie schon in



WOLFRAM SCHUBERT



RÜDIGER IMGART

meinen bisherigen Berufsjahren – darin, nach Recht und Gesetz zu entscheiden und nicht nach parteipolitischen Präferenzen“, betonte der ehemalige Richter und Anklagevertreter Schubert. Er kündigte an, bei der demnächst anstehenden Vorstandswahl im AfD-Kreisverband nicht mehr für den Vorsitz anzutreten.

Dem Verfassungsgerichtshof gehören neben dem Präsidenten auch 22 berufsrichterliche Mitglieder an. Das höchste

bayerische Gericht ist zuständig für die Auslegung und Wahrung der Landesverfassung und kontrolliert im Rahmen seiner Kompetenzen auch das Handeln anderer Staatsorgane. Nichtberufsrichterliche Mitglieder wie Schubert und Imgart sind zum Beispiel an Verfahren über Verfassungsbeschwerden gegen behördliche und gerichtliche Entscheidungen beteiligt oder befassen sich mit Streitigkeiten zwischen Staatsorganen.

Frauenquote bei Landtagswahlen per Gesetz in Brandenburg

Die AfD-Fraktion lehnt Frauenquote für Parlamente ab

Eine gesetzlich vorgeschriebene Frauenquote bei Landtagswahlen, wie am 31. Januar 2019 in Brandenburg beschlossen, hält die Vorsitzende der bayerischen AfD-Fraktion generell für falsch und rechtlich nicht haltbar. „Frau oder Mann zu sein, ist kein Qualitätsmerkmal in der Politik, sondern es kommt auf Talent, Qualifikation und Durchsetzungsvermögen an“, betonte die stellvertretende Landesvorsitzende und fügte hinzu: „Frauen sind keine hilflosen schutzbedürftigen Wesen, denen man im Parlament Sitze reservieren müsste.“

Ihnen stünden in Deutschland alle Türen weit offen, sich politisch zu engagieren und um Mandate zu bewerben – innerparteilich wie auch beim Wähler, hob die AfD-Landtagsabgeordnete

hervor. Eine vorgeschriebene Quote fände sie ungerecht, weil dadurch möglicherweise besser qualifizierte Männer ausgegrenzt würden. Zudem wäre eine Regelung wie in Brandenburg reine Willkür, weil man genauso eine Seniorenquote, eine Nicht-Akademikerquote oder eine Jugendquote verordnen könnte.

„Kritik an einer zu niedrigen Frauenquote in Parlamenten höre ich vor allem aus den Medien, wo Frauen als Moderatorinnen, Redakteurinnen und Korrespondentinnen auf dem Bildschirm überproportional repräsentiert sind“, sagte Ebner-Steiner. Selbst Sport- und Wetterberichte im Fernsehen würden immer öfter von Frauen vorgetragen. „Wie wäre es zur Abwechslung mit einer Männerquote beim öffentlich-rechtli-

chen Rundfunk?“, gab die Abgeordnete aus Bayern zu bedenken.

Wenn sich Parteien solche Quoten bei Parteitag selbst auferlegen, dann sei das deren demokratische Entscheidung. Wenn ein Gesetzgeber das vorschreibt, stelle das grundlegende demokratische Prinzipien infrage, greife in die freie Willensbildung der Parteien ein und werde vor Gericht landen, sagte Ebner-Steiner. Mit Blick auf die Grünen und deren überwiegend aus Frauen bestehende Bundestagsfraktion, fügte Ebner-Steiner hinzu: „Da sieht man doch die traurige Realität solcher Quoten: Den lautstarken Ton gibt immer Fraktionschef Anton Hofreiter als Hahn im Korb an und die Alibi-Frauen auf den hinteren Plätzen dürfen ihm applaudieren.“



Die Bayern-AfD vor Ort

Unsere Abgeordneten bei der Grünen Woche in Berlin

Vom 18. bis 27. Januar findet in Berlin – bereits zum 84. Mal – die Grüne Woche statt. Auch die Fraktion der AfD im Bayerischen Landtag nutzte die Gelegenheit, sich am vergangenen Freitag auf dieser einzigartigen Ausstellung für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau zu informieren, nette Menschen zu treffen und interessante Gespräche zu führen.

„Vorbeischaun lohnt sich auf jeden Fall“, sagte unser Abgeordneter Andreas Winhart. „Vor allem Bayern ist sehr stark vertreten!“

Auch sein Fraktionskollege Ralf Stadler kann die Grüne Woche „wärmstens empfehlen“: „Es ist wirklich für jeden etwas dabei, von kulinarischen Köstlichkeiten bis zu prachtvollen Zuchtbullen und Pferden. Von frischer Vollmilch bis zu den edelsten Tropfen des Weinbaus.“

Da Stadler der Tierschutz sehr am Herzen liegt, galt sein besonderes Interesse der Vermeidung der Ferkelkastration durch Impfung gegen Ebergeruch – eine Methode, die seit 2010 erfolgreich in Belgien angewandt wird. Er bedauerte, dass nur ein Aussteller vor Ort war, der sich mit Tiertransporten befasst.

Martin Böhm hob hervor, dass seine Kollegen und er „in vielen Gesprächen Sorgen der Landwirtschaft und des Genusshandwerks (Bäcker, Metzger, Brauer usw.) mit nach Hause nehmen.“ Erfreulicherweise war „der Zuspruch zu unseren Werten wie Tradition, Kultur, Rechtschaffenheit und Freiheit“ auch beim „vermeintlichen politischen Gegner überwältigend.“ Es gelang sogar, „Herzen für blaue Gedanken“ zu öffnen, so der Abgeordnete. Erlebnisse dieser Art zeigen, wie wich-

tig es ist, miteinander ins Gespräch zu kommen, statt immer nur übereinander zu reden und sich dabei von Klischees und vorgefertigten Denkmustern leiten zu lassen.

Außer den genannten Politikern war auch unser Landtagsabgeordneter Prof. Ingo Hahn dabei. Der in München Geografie, Geoökologie und Kartografie lehrende Wissenschaftler, dessen Schwerpunkte in der Umwelt-, Agrar- und Energiepolitik sowie in der Familien- und Bildungspolitik liegen, nahm ebenfalls wichtige Anregungen von der Grünen Woche mit.

Zum abendlichen Staatsempfang kam dann noch der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Protschka hinzu.





Ihre Dienstleister im Bayerischen Landtag

Die Mitglieder der AfD-Fraktion

Wir haben einen klaren Auftrag: Dem Land zu dienen und den Wunsch unserer Wähler nach mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit umzusetzen. Wir denken nicht in Legislaturperioden, sondern in Generationen. An die Generationen vor uns, die unser Land aufgebaut haben, und an die Generationen nach uns, für die wir es schützen und bewahren. Danke, dass wir das für Sie tun dürfen!



katrin.ebner-steiner@afd-landtag.bayern

Katrin Ebner-Steiner
Fraktionsvorsitzende
Deggendorf

Ausschuss: Staatshaushalt und Finanzfragen



markus.plenk@afd-landtag.bayern

Markus Plenk
Fraktionsvorsitzender
Traunstein

Ausschuss: Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten



christoph.maier@afd-landtag.bayern

Christoph Maier
Parl. Geschäftsführer
Unterallgäu-Memmingen

Ausschuss: Verfassung, Recht,
Parlamentsfragen und Integration



ferdinand.mang@afd-landtag.bayern

Ferdinand Mang
Stellv. Parl. Geschäftsführer
Roth

Ausschuss: Staatshaushalt und Finanzfragen



richard.graupner@afd-landtag.bayern

Richard Graupner
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Schweinfurt

Ausschuss: Kommunale Fragen,
Innere Sicherheit und Sport



roland.magerl@afd-landtag.bayern

Roland Magerl
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Weiden

Ausschuss: Gesundheit und Pflege



ingo.hahn@afd-landtag.bayern

Prof. Dr. Ingo Hahn
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Fürstentfeldbruck-Ost

Ausschuss: Wissenschaft und Kunst;
Umwelt und Verbraucherschutz



markus.bayerbach@afd-landtag.bayern

Markus Bayerbach
Augsburg Stadt Ost

Ausschuss: Bildung und Kultus;
Fragen des öffentlichen Dienstes



franz.bergmueller@afd-landtag.bayern

Franz Bergmüller
Rosenheim West

Ausschuss: Wirtschaft, Landesent-
wicklung, Energie, Medien und
Digitalisierung



martin.boehm@afd-landtag.bayern

Martin Böhm
Coburg

Ausschuss: Bundes- und Europa-
angelegenheiten sowie regionale
Beziehungen



anne.cyron@afd-landtag.bayern

Dr. Anne Cyron
Bad Tölz / GAP

Ausschuss: Bildung und Kultus



uli.henkel@afd-landtag.bayern

Uli Henkel
München Giesing

Ausschuss: Eingaben
und Beschwerden



christian.klingen@afd-landtag.bayern

Christian Klingen
Kitzingen

Ausschuss: Umwelt und
Verbraucherschutz



stefan.loew@afd-landtag.bayern

Stefan Löw
Tirschenreuth

Ausschuss: Kommunale Fragen,
Innere Sicherheit und Sport



gerd.mannes@afd-landtag.bayern

Gerd Mannes
Günzburg

Ausschuss: Wirtschaft, Landesent-
wicklung, Energie, Medien und
Digitalisierung



ralph.mueller@afd-landtag.bayern

Dr. Ralph Müller
Nürnberger Land

Ausschuss: Wohnen, Bau
und Verkehr



jan.schiffers@afd-landtag.bayern

Jan Schiffers
Bamberg Stadt

Ausschuss: Arbeit und Soziales,
Jugend und Familie



josef.seidl@afd-landtag.bayern

Josef Seidl
Dingolfing

Ausschuss: Wohnen, Bau
und Verkehr



ulrich.singer@afd-landtag.bayern

Ulrich Singer
Donau-Ries

Ausschuss: Arbeit und Soziales,
Jugend und Familie



ralf.stadler@afd-landtag.bayern

Ralf Stadler
Passau Ost

Ausschuss: Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten



raimund.swoboda@afd-landtag.bayern

Raimund Swoboda
Neustadt a.d.A. / Fürth-Land

Ausschuss: Wissenschaft und Kunst



andreas.winhart@afd-landtag.bayern

Andreas Winhart
Rosenheim-Ost

Ausschuss: Gesundheit und Pflege

Impressum

Herausgeber:

AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 089 – 4126 2960

Löwenherz Nr. 1
Februar 2019

Maximilianeum
81627 München

presse@afd-landtag.bayern
info@afd-landtag.bayern

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Fraktionsvorsitzende:
Katrín Ebner-Steiner, Markus Plenk

Diese Publikation dient der Information und darf in einem
Wahlkampf nicht zur Parteienwerbung eingesetzt werden.



LANDTAG
BAYERN



AfD

www.afd-landtag.bayern

Folgen Sie uns auch bei:



YouTube